

Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ

Von Michael Richter

Wenn wir an Manfred Klein erinnern, der heute vor 60 Jahren verhaftet wurde,¹ so geschieht dies stellvertretend für all jene, die sich nach dem Ende der NS-Herrschaft aus christlich-demokratischer Überzeugung gegen die Errichtung einer neuen, diesmal kommunistischen Diktatur in Deutschland zur Wehr setzten, dafür in kommunistischen Gefängnissen landeten oder mit ihrem Leben bezahlten. Ihr Handeln ist für uns alle Vorbild und Mahnung.

Manfred Klein wurde am 20. Juli 1925 in Berlin geboren. Dank seiner katholischen Erziehung lehnte er das verbrecherische NS-Regime ab. Nach Schließung des Jesuitengymnasiums am Lietzensee 1940 durch die Nazis erhielt er im Mai 1943 das Reifezeugnis am „Gymnasium zum Grauen Kloster“. In diesen Jahren war er aktiv in der katholischen Jugend tätig und weigerte sich, Mitglied der Hitler-Jugend zu werden. Stattdessen wirkte er weiter illegal in der katholischen Jugend mit.² 1942 wurde er von der Gestapo 24 Stunden lang festgehalten und wegen seiner Nichtmitgliedschaft in der Hitler-Jugend verurteilt.³ Im August 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und 1944 im Kessel von Sevastopol schwer verwundet, was ihm freilich letztlich das Leben rettete, entkam doch keiner seiner Kameraden dem Inferno. Noch vom Lazarett aus begann er ein Germanistikstudium an der Universität Breslau. Ende April 1945 kam er in sowjetische Kriegsgefangenschaft nach Rüdersdorf bei Berlin. Hier fiel den Sowjets auf, dass Klein nicht in der HJ gewesen und somit ein „Antifaschist“ war.⁴ Sie schickten ihn deswegen im August 1945 auf eine Antifa-Schule des „Nationalkomitees Freies Deutschland“.⁵ Nach Ab-

1 Vortrag gehalten bei der Gedenkveranstaltung für Manfred Klein am 13. März 2007 in Berlin, durchgeführt von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Stiftung Aufarbeitung.

2 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

3 Haftbefehl des Operativ-Oberbevollmächtigten des Ressorts 2 der Abteilung 2 des Operativsektors der Stadt Berlin, Oberleutnant Jusufowitsch, vom 18.3.1947, Anlage: Personalbogen des Inhaftierten (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

4 Vgl. Manfred KLEIN, *Jugend zwischen den Diktaturen, 1945–1956*, Mainz 1968, S. 19–23; Christa KLEIN, *Melodie meines Lebens*, Privatdruck 1998, S. 91; Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Widerstand von Studenten. Manfred Klein*, in: Karl Wilhelm FRICKE/Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder*, München 2002, S. 162–165, hier S. 163.

5 Manfred Klein: Kurzgefasster Lebenslauf für das Handbuch des Abgeordnetenhauses (ACDP 01-393-002/1).

solvierung eines sechswöchigen ideologischen Grundlagenkurses wurde er vorzeitig aus der Gefangenschaft entlassen. Ab dem 23. September 1945 arbeitete er als Vertreter der katholischen Jugend und als Dezernent für Kulturarbeit im Zentralen Jugendausschuss der SBZ, der drei Wochen zuvor ins Leben gerufen worden war.⁶ Der hier verantwortliche Erich Honecker unterstützte ihn, war er doch von Kleins „innerer Umkehr“ durch die Schulung überzeugt.⁷ Da Klein keinen Auftrag der katholischen Kirche für seine Mitarbeit hatte,⁸ versicherte er sich der Zustimmung des Berliner Bischofs Konrad Graf von Preysing, bekannt für seinen Widerstand gegen das NS-Regime. Preysing bat Klein, seit Ende 1945 Dekanatsjugendführer in Spandau und Diözesanjugendführer, die schwierige Aufgabe zu übernehmen.⁹

Die Bildung von überparteilichen Jugendausschüssen in der SBZ ging auf eine Verlautbarung der SMAD vom 31. Juli 1945 zurück, die damit zugleich die Schaffung eigener Jugendorganisationen der Parteien verbot. Gestattet wurden lediglich Jugendreferate bzw. Jugendausschüsse, die in der CDU teilweise als „Junge Union“ firmierten. Bei deren Bildung spielte neben Heinrich Krone auch Manfred Klein eine Rolle.¹⁰ Aufgabe der Jugendausschüsse war es offiziell, „das von den Nazis getötete Gefühl für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lügen, Sittlichkeit und Verbrechen neu zu erwecken“ und die deutsche Jugend an der demokratischen Erneuerung zu beteiligen.¹¹ Was darunter zu verstehen war, sollte die weitere Entwicklung zeigen.

Da Honecker ihn drängte, in der Jugendabteilung des ZK der KPD mitzuarbeiten, trat Manfred Klein im November 1945 der CDU bei, um sich parteipolitisch abzusichern, und wurde Kreisvorsitzender der Jungen Union Berlin-Prenzlauer Berg sowie Mitglied des erweiterten Landesvorstandes der CDU Berlin.¹² SMAD und Honecker begrüßten dies und meinten, dass er nun

6 Vgl. Ulrich MÄHLERT, *Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949*, Paderborn u.a. 1995, S. 58f.

7 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 98.

8 Vgl. Wolfgang TISCHNER, *Katholische Jugend und FDJ in der SBZ und frühen DDR*, in: Brigitte KAFF (Hg.): *Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone*, Freiburg i.Br. 2003, S. 223–244, hier S. 230.

9 Für die Auskunft danke ich Herrn Werner Dolata. Klein folgte Hans-Georg Marohl als Diözesanjugendführer (1946–1948). – Vgl. M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 25; Helga GOTSCHLICH, *Ein hoffnungsvoller Anfang. Jugendbewegung in der SBZ 1945–1946*, in: Horst DÄHN/Helga GOTSCHLICH (Hg.): *„Und führe uns nicht in Versuchung ...“ Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989*, Berlin 1998, S. 8–27, hier S. 14.

10 Vgl. Mike SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945–1950*, Göttingen 2004, S. 28; Ralf Thomas BAUS, *Die Junge Union in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Anfänge, Organisation, Verbot*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 31ff.

11 Vgl. GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 9–11.

12 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

offiziell als CDU-Vertreter auftreten könne.¹³ Klein wandte sich daraufhin an Jakob Kaiser, der ihn ermächtigte, für die CDU im Zentraljugendausschuss mitzuarbeiten.¹⁴ Klein vertrat somit die CDU, der Direktor des bischöflichen Jugendamtes, Domvikar Robert Lange, die katholische Kirche und Oswald Hanisch die evangelische. Da die drei bestens kooperierten, waren kirchliche Interessen im Zentralen Jugendausschuss gut vertreten.¹⁵ LDP-Mitglieder waren bis kurz vor Auflösung des Zentralen Jugendausschusses im April 1946 nicht präsent.¹⁶

Wie wir von Klein selbst wissen, gab es im Zentralen Jugendausschuss zwar ein freundliches Miteinander der verschiedenen Richtungen, die Schlüsselpositionen aber waren „von absolut linientreuen Kommunisten“ besetzt. Nicht nur dies rief bei den anderen grundsätzliche Zweifel über den Sinn des eigenen Mitwirkens hervor. Daher berieten CDU- und Kirchenvertreter intern laufend über das Für und Wider ihres Engagements und die Gefahr, ins kommunistische Schlepptau genommen zu werden.¹⁷ Ihr Engagement schwankte zwischen Erfüllung der Vorgaben der SMAD und eigenen Interessen und Überzeugungen. Zwar dachte man nicht daran, sich kommunistischen Vorgaben zu beugen, hatte aber angesichts der restriktiven Politik der SMAD nur stark eingeschränkte Möglichkeiten unabhängiger Entscheidungen. In der CDU stand allen noch die Absetzung des CDU-Vorsitzenden und früheren Reichsministers Andreas Hermes Ende 1945 vor Augen. Man hoffte, die Situation werde sich durch eine baldige gesamtdeutsche Lösung klären und meinte, vor diesem Hintergrund eine Mitarbeit in den von den Sowjets gelenkten Institutionen verantworten zu können. Dabei half, dass sich, so Klein, zunächst viele Absichten mit denen der Kommunisten zu decken schienen. Wir wissen heute sehr genau, dass die KPD ihre eigentlichen Intentionen zunächst nicht klar vertrat. Insgesamt wussten sowohl die KPD- als auch die Kirchen- bzw. CDU-Vertreter ziemlich genau, was sie voneinander zu halten hatten. Man arbeitete zusammen, weil alle Seiten einen Bruch aus politischen Gründen vermeiden wollten,¹⁸ und blieb auch als Verbündete im Bestreben nach Einfluss immer Widersacher. Besonders Heinz Keßler, so Klein, habe ihn „mit dem originären

13 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 94.

14 EBD.

15 Vgl. TISCHNER, *Katholische Jugend* (wie Anm. 8), S. 223–244, hier S. 230. Zur Haltung der katholischen Kirche vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 1: 1945 bis 1955, Berlin 1994, S. 89f.

16 Vgl. Ulrich MÄHLERT, *Die Anfänge der Jugendarbeit in der SBZ*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 9–25, hier S. 12.

17 Vgl. GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 14.

18 Vgl. TISCHNER, *Katholische Jugend* (wie Anm. 8), S. 223–244, hier S. 234.

Gespür des Klassenkämpfers“ durchschaut. „Ich hatte immer das Gefühl, er roch gewissermaßen meine eigentliche innere Einstellung.“¹⁹

Deutlich wurden die politischen Unterschiede auch bei den Diskussionen der seit Ende 1945 von der KPD angestrebten Schaffung einer von ihr beherrschten und manipulierbaren, einheitlichen Jugendorganisation. Demgegenüber favorisierten Klein und die Kirchenvertreter als Konsenslösung eine Dachorganisation eigenständiger Jugendorganisationen. Der Konflikt eskalierte, als Domvikar Lange, Klein und andere Kirchenvertreter am 20. Februar 1946 „grundsätzliche Bedingungen“ für eine Mitwirkung in der FDJ vorlegten. Darin wurden das Recht zur Bildung religiöser Gemeinschaften und ihr Einfluss auf die FDJ-Leitung gefordert. Die Jugendgruppen sollten ein Eigenleben unter dem Dach der FDJ führen und sich regional zusammenschließen können. Diese Vorgänge hat Ulrich Mähler in seiner Arbeit über die Freie Deutsche Jugend präzise beschrieben. Angesichts der diametral entgegengesetzten Standpunkte war an eine FDJ-Gründung vorerst nicht zu denken. Die Gründung wurde um einige Tage verschoben, um zu verhandeln. Klein und die Kirchenvertreter blieben bei ihren Positionen und kritisierten scharf das Verbot kirchlicher Jugendarbeit in Sachsen. Um die Gründung der FDJ nicht zu gefährden, kam die KPD den Kirchen schließlich weit entgegen. Honecker konzidierte die Bildung religiöser Gemeinschaften, und in den Statuten wurde die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verankert.²⁰ SMAD und KPD agierten deshalb vorsichtig, weil sie einen demonstrativen Rückzug kirchlicher Vertreter vermeiden wollten. Ein solcher Schritt hätte ihr Konzept einer einheitlichen Jugendorganisation ad absurdum geführt. Die Diskussion über die Einheitlichkeit der Jugendorganisation aber beendete Honecker mit dem Hinweis, die SMAD erlaube nur eine Organisation, die FDJ. Auch Klein stimmte schließlich, wie er selbst schreibt, eher widerwillig zu.²¹ Tjulpanow sprach später in diesem Zusammenhang von „Einheitsgegnern, deren Machenschaften rechtzeitig durchkreuzt“ werden konnten.²² Am 26. Februar 1946 bat der Zentrale Jugendausschuss die SMAD schließlich, die FDJ gründen zu dürfen, was diese am 7. März auch gestattete. Unter dem Gründungsbeschluss stand nun der Name Manfred Kleins als Vertreter der CDU neben den Kirchenvertretern Oswald Hanisch (ev.) und Robert Lange (kath.).²³ Für die KPD unterzeichneten

19 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 31.

20 Vgl. MÄHLERT, *Jugendarbeit*, (wie Anm. 16), S. 9–25, hier S. 13; DERS., *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 91–93; GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 20.

21 Vgl. M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 43.

22 Sergej TJULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*, hg. von Stefan DOERNBERG, Berlin (Ost) 1986, S. 204.

23 Kleins Unterschrift wurde bei späteren Veröffentlichungen der Gründungsurkunde in der DDR gelöscht und seine Person auf entsprechenden Fotos wegetuschiert. Vgl. HÖLLEN, *Loyale Distanz?* (wie Anm. 15), S. 87.

mit Erich Honecker, Heinz Keßler und Paul Verner ideologisch fanatische Funktionäre, die – Achtung Zeitsprung – noch im Herbst 1989 auf einen harten, konfrontativen Kurs setzten. Kessler wollte noch am 10. November 1989 in Berlin die Panzer rollen lassen. Manfred Klein wurde nun – Zeitsprung zurück – Kulturreferent. Bis zum 8. Oktober 1946 war er auch Sekretär des Zentralrats, dann beendete er diese Arbeit, angeblich, um sich besser seinem Studium widmen zu können.

Das öffentliche Bild der FDJ war nach ihrer Gründung noch ambivalent und nicht erkennbar auf Errichtung einer kommunistischen Diktatur ausgerichtet. Im bekannten FDJ-Lied „Bau auf, bau auf“ hieß es: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht.“ Der Text versprach ziemlich genau das Gegenteil dessen, was eintrat. Noch aber schien vielen die politische Situation in Deutschland offen, und manch einer hoffte, wie z.B. Jakob Kaiser, auf den Erhalt der deutschen Einheit. Vor diesem Hintergrund war auch das Mitwirken in der FDJ zu verstehen. Bei der Gründung der sächsischen FDJ am 20. März 1946 wies Manfred Klein vor CDU-Jugendreferenten optimistisch darauf hin, dass man Änderungen in der Satzung habe durchsetzen können. So sei in die Satzung der Passus eingefügt worden: „Der Aufbau der FDJ vollzieht sich unter Ablehnung jedes Ausschließlichkeitsanspruches gemäß dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder von unten nach oben.“ Damit, so Klein, sei „ausdrücklich festgelegt, dass die FDJ keinen Totalitätsanspruch stellt und neben der FDJ noch andere Verbände, soweit sie von den Besatzungsmächten zugelassen werden, möglich sein können.“²⁴

Auf dem Parteitag der CDU im Juni 1946 wurde die Haltung zur FDJ kontrovers diskutiert. Während Wolfgang Seibert, ab Mai 1946 Jugendreferent des CDU-Landesverbandes Thüringen und ab November 1946 Jugendreferent der Reichsgeschäftsstelle, von unverantwortlichen Konzessionen sprach, meinte Klein, man könne die FDJ nicht einfach verlassen.²⁵ Die Meinungsverschiedenheiten klingen bis heute nach. So meint Seibert, Klein habe die CDU in der FDJ nicht offiziell vertreten, hier habe man auf eine „deutliche Distanz zur FDJ“ geachtet.²⁶ Tatsächlich aber agierte Klein durchaus im Sinne Jakob Kaisers. Angesichts der Befehlshoheit der SMAD sahen Politiker wie Kaiser oder Klein in der SBZ und im Ostsektor keine andere Möglichkeit, als sich an der FDJ oder dem Block der Parteien zu beteiligen.

24 Bericht über die Besprechung der Jugendreferenten am 20.3.1946 (ACDP 03-035-56).
Zit. bei SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 110f.

25 Vgl. BAUS, *Junge Union* (wie Anm. 10), S. 54.

26 Schreiben von Wolfgang G. Seibert an Brigitte Kaff vom 12.2.2007.

Daneben unterstützten sie die Bemühungen zur deutschlandweiten Konstituierung der Jungen Union als CDU-Jugendverband. So trafen sich im Januar 1947 JU-Vertreter aller Zonen in Königstein im Taunus. Den Jugendreferenten der SBZ wurde die Reiseerlaubnis mit der Begründung verweigert, man solle die FDJ stärken und nicht die JU.²⁷ Allerdings hatte Manfred Klein bereits im Mai 1946 nach einem Besuch in Altenberg, der Zentrale der katholischen Jugendarbeit, an einem Treffen der CDU-Jugend in Hannover teilgenommen und anschließend Konrad Adenauer persönlich kennengelernt.²⁸

Die Tatsache, dass Manfred Klein seine Mitarbeit in der FDJ an Bedingungen knüpfte, machte ein Konflikt beim „I. Parlament der Jugend“ im Juni 1946 in der Stadt Brandenburg deutlich. Als hier der sächsische FDJ-Vorsitzende Robert Bialek heftig gegen die Kirchen polemisierte, kündigten Klein und Waldemar Pilaczek (katholische Jugend, Dresden) an, ihre Mitarbeit in der FDJ unter diesen Bedingungen zu beenden. Nur dem Druck der SMAD und dem Werben Honeckers war es zu verdanken, dass beide vom Verlassen der Veranstaltung abgehalten wurden und so die formale Überparteilichkeit gewahrt werden konnte.²⁹ Zum nächsten Konflikt kam es bei der 4. Tagung des FDJ-Zentralrats im November 1946. Hier prallten die ideologischen Unterschiede zwischen Vertretern von LDP und CDU einerseits und der SED andererseits deutlicher als zuvor aufeinander. Klein beantragte eine Statutenänderung, wonach FDJ-Mitgliedern die Anwendung jeder Form von Gewalt verboten sein sollte. Die Diskussion wurde vertragt und – wie sich zeigen sollte – auf kommunistische Weise gelöst.³⁰

Ende 1946 änderte sich die politische Situation. Die Spannungen zwischen den Alliierten eskalierten, und Stalin begann, die Weichen in Richtung einer Separatstaatsgründung zu stellen. Nach den verhältnismäßig guten Ergebnissen von CDU und LDP bei den Landtags- und Gemeindewahlen wurde in den beiden demokratischen Parteien die wachsende SED-Vorherrschaft mehr als zuvor in Frage gestellt. Das Ende 1946 einsetzende schärfere Vorgehen gegen politische Gegner machte auch ein couragiertes Auftreten Kleins im FDJ-Zentralrat immer schwieriger. Dennoch stellte er sich den Gleichschaltungsbestrebungen entgegen und ignorierte Warnungen Honeckers. Seine Haltung führte zu wachsender Isolierung innerhalb der FDJ-Führung. Außerdem geriet er mit seinen Ansichten ins Fadenkreuz der SMAD. Seine Aktivitäten, so Ilko-Sascha Kowalczyk, „unterwanderten die totalitären Ansprüche der Kommunisten“.³¹

27 Vgl. BAUS, *Junge Union* (wie Anm. 10), S. 26–88, hier S. 37f.

28 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 53–55.

29 Vgl. MÄHLERT, *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 114f.; SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 119.

30 Vgl. MÄHLERT, *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 176–178.

31 KOWALCZYK, *Widerstand* (wie Anm. 4), S. 162–165, hier S. 164.

Wenig geschätzt waren auch seine Aktivitäten an der Berliner Universität, wo Klein nach deren Eröffnung Ende Januar 1946 sein Germanistikstudium fortsetzte. An der Seite von Georg Wrazidlo baute er hier eine christdemokratische Hochschulgruppe mit auf, die sich gegen die Einflussnahme der KPD/SED auf hochschulinterne Entscheidungen wandte. Nach Aussagen von Gerda Rösch hatte es sich die Gruppe „zum Ziel gesetzt, die fortschreitende Einflussnahme der SED so lange wie möglich zu verhindern“. In Resolutionen und Protestschreiben wandte man sich gegen Maßnahmen der kommunistischen Funktionäre und äußerte offen Kritik am Regime.³² Am 5. Mai 1946 initiierte Wrazidlo einen öffentlichen Protest gegen die Sowjetisierungstendenzen an den Universitäten in der SBZ und Berlin. Auslöser war das Hissen der Fahne der neugegründeten SED und das Anbringen von SED-Spruchbändern in der Humboldt-Universität. In der Protesterklärung hieß es wörtlich: „Die Universität dient der Wissenschaft und Bildung und ist keine Parteistitution.“³³ Georg Wrazidlo wurde als Sprecher des Studentenrates abgesetzt und entging nur knapp der Relegation.

Bei den ersten allgemeinen und geheimen Wahlen zur Studentischen Vertretung der Universität Berlin am 6. Februar 1947 erhielten die nichtkommunistischen Gruppen der Studentenschaft eine starke Mehrheit, die SED dagegen musste eine vernichtende Niederlage einstecken. Manfred Klein und Franz Amrehn wurden als Mitglieder der CDU-Gruppe in den ersten Studentenrat gewählt,³⁴ Klein wurde Pressereferent. Gleichzeitig wirkte er in der Zulassungskommission der Berliner Universität mit und bemühte sich hier, die Bestimmung zu umgehen, wonach die FDJ-Mitgliedschaft Voraussetzung für eine Studienzulassung geworden war.³⁵

Dies in etwa war die Situation, in der Manfred Klein am 13. März 1947, also genau vor 60 Jahren in seiner Wohnung (Danzigerstraße, Prenzlauer Berg) durch den sowjetischen Geheimdienst festgenommen wurde. Seine Festnahme erfolgte im Rahmen einer Verhaftungsaktion gegen Studenten aus dem Umfeld der CDU in der gesamten SBZ und Berlin. Am 8. März wurde bereits die im Zulassungsbüro der Berliner Universität beschäftigte Studentin Gerda Rösch verhaftet.³⁶ Mit Klein wurde Georg Wrazidlo festgenommen, ebenso wurden die CDU-Studenten Wolfgang Schipke und Joachim Wolf inhaftiert. Insgesamt verhaftete das NKWD Mitte März etwa 15 CDU-nahe Studenten der Uni-

32 Gerda Rösch: Angaben über persönlich erlittenen politischen Gewahrsam vom 27.1.1961 (ACDP 01-748-002/1).

33 Waltraud REHFELD, *Georg Wrazidlo (1917–1959)*, in: Die Mahnung, hg. vom Bund der Verfolgten des Naziregimes, vom 1.3.2000, S. 6f.; M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 46f.

34 Johannes WEBERLING, *Für Freiheit und Menschenrechte. Der RCDS 1945–1986*, Düsseldorf 1990, S. 22.

35 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 100.

36 Gerda Rösch (wie Anm. 32).

versität unter den Linden,³⁷ und somit alle führenden Studenten der christdemokratischen Hochschulgruppe.³⁸

Vorgeschobener Anlass waren politische Gespräche Kleins und der anderen Studenten mit US-Besatzungsoffizieren. Man hatte sich regelmäßig mit diesen getroffen, um zu dokumentieren, dass die Berliner Universität eine Einrichtung für alle Sektoren sei und nicht einseitig unter sowjetischen Einfluss stehen könne. Christa Klein berichtet von einem Treffen noch Anfang März 1947 beim amerikanischen Jugendoffizier für West-Berlin, Harry Janssen. Thema des Treffens war „Modern english, american and german poetry“.³⁹ Was bislang Normalität in der Viermächtestadt gewesen war, wurde angesichts der wachsenden Konflikte zwischen den Siegermächten aber nun als Spionage ausgelegt. Aus Gruppengesprächen mit US-Offizieren konstruierte das NKWD eine Spionagegruppe.⁴⁰ Klein selbst meinte, die Sowjets hätten seinen „in einer Vier-Sektorenstadt notwendigen Kontakt zu alliierten Offizieren“ benutzt, um ihm Spionage zu unterstellen. Selbst normale Gespräche hätten diese als Spionage ausgelegt.⁴¹

Im Festnahmebefehl vom 13. März hieß es: „Klein ist Agent des amerikanischen Geheimdienstes. Wohnhaft im sowjetischen Sektor Berlins, leistete Klein Spionagetätigkeit zum Nutzen der Amerikaner, indem er geheime Informationen über Betriebe sammelte, die sich in der russischen Besatzungszone Deutschlands befinden. Außerdem wählte er Kandidaten zum Anwerben für den amerikanischen Geheimdienst aus, die gegen die sowjetische Besatzungsmacht arbeiten sollten.“ Er sei festzunehmen, und es sei eine „Durchsuchung in bezug auf den Gegenstand seiner verbrecherischen Tätigkeit vorzunehmen“. Vermögenswerte konnten nicht beschlagnahmt werden, da nicht vorhanden.⁴² Im Haftbefehl vom 18. März 1947 stand, er sei im Dezember 1946 vom Offizier des amerikanischen Geheimdienstes Baer als Agent angeworben worden und habe geheime Informationen über Militärproduktionen, die SED und politische Einstellungen der Bevölkerung geliefert, sowie andere Jugendliche in die Spionageaufträge einbezogen.⁴³ Nach Kleins eigenen Angaben wurde ihm sogar sein Kontakt zum CDU-Landesvorstand Berlin vor-

37 Brigitte KAFF, *Gegen die Stalinisierung. Ewald Ernst*, in: FRICKE u.a. (Hg.), *Opposition* (wie Anm. 4), S. 25–30, hier S. 28.

38 Vgl. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 139f.

39 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 99.

40 Manfred Klein: Bericht über meine Verhaftung (ACDP 01-393-002/1).

41 Ebd.

42 Festnahmebefehl vom 13.3.1947, bestätigt vom Chef der Operativgruppe 16 der SMA von Berlin, Major Pjarin (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

43 Haftbefehl des Operativ-Oberbevollmächtigten des Ressorts 2 der Abteilung 2 des Operativsektors der Stadt Berlin, Oberleutnant Jusufowitsch, vom 18.3.1947 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

geworfen.⁴⁴ Edith Baumann erklärte ein halbes Jahr nach der Verhaftung, in der CDU gebe es „in starkem Maße reaktionäre Kräfte“. Man wisse nicht, ob Klein entsprechende Verbindungen eingegangen sei, „die durchaus auf dem Gebiet terroristischer Akte liegen“.⁴⁵

Zunächst drang von der Verhaftung Kleins, Wrazidlos und der anderen nichts an die Öffentlichkeit. Bei der Hauptversammlung der Jungen Union Berlins am 16. März wurde ihr Fehlen bemerkt, ohne dass man von der Verhaftung wusste. Klein wurde trotz Abwesenheit in den JU-Landesausschuss und als Delegierter für den Bundestag der Jungen Union Deutschlands gewählt.⁴⁶

Am 22. März 1947 berichteten Berliner Tageszeitungen über die Verhaftungen. „Neues Deutschland“ wies auf „faschistische Umtriebe“ an der Universität hin und meinte: „Bei uns sorgt man dafür, daß sie kein Unheil anrichten.“ Am 28. März kam es im Stadtparlament zu einer stürmischen Debatte. Flugblätter mit den Namen der Verhafteten wurden verteilt. Hier hieß es: „Berliner Abgeordnete! Wollt Ihr, daß die Nazis sich ins Fäustchen lachen und den jungen Demokraten sagen: warum glaubt ihr, daß es das Recht auf Freiheit und Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit gibt? Da seht ihr, was ihr davon habt! Kein Hahn kräht danach, wann ihr verschwindet.“ CDU-Fraktionsvorsitzender Kurt Landsberg forderte die Abgeordneten auf, die SMA um Angabe der Gründe für die Verhaftungen zu ersuchen. SED-Abgeordnete erklärten, die Verhaftungen mit faschistischen Umtrieben an der Universität.⁴⁷ Jakob Kaiser setzte sich gegenüber der SMAD ebenfalls erfolglos für die Verhafteten ein.⁴⁸

Auch an der Universität gab es Proteste. Am 31. März nahm der Studentenrat mit großer Mehrheit einen Dringlichkeitsantrag an, bei der Kommandantur wegen der Verhaftungen nachzufragen. Prof. Solotuchin, Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD, wies den Studentenrat daraufhin zurecht, es sei nicht seine Angelegenheit, sich mit Studentenverhaftungen zu beschäftigen und der Besatzungsmacht Vorschriften zu machen. Bei den Verhafteten handle es sich um Faschisten.⁴⁹ Das war eine Behauptung, die angesichts der

44 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

45 So beim gesamtdeutschen Jugendgespräch in Altenberg 3.–5.11.1947. Zit. bei HÖLLEN, *Loyale Distanz?* (wie Anm. 15), S. 149f.

46 Hauptversammlung der Jungen Union Berlin am 16.3.1947 (ACDP 01-393-006/2).

47 Rüdiger von BRUCH, *Angriff auf die Qualifikation*, in: *Forschung & Lehre* 1997, Heft 3, S. 146.

48 Vgl. Johannes WEBERLING, *Verfolgung und Widerstand von Studenten (RCDS/JU). Die CDU-Hochschulgruppen in der SBZ/DDR*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 149–207, hier S. 167.

49 Vgl. „Tagesspiegel“ vom 1.4.1947.

Tatsache, dass Wrazidlo anerkanntes „Opfer des Faschismus“ und Klein nicht einmal in der HJ gewesen war, besonders absurd wirkte. Seitens des westlichen Alliierten gab es keine bekannten Aktivitäten, den Verhafteten zu helfen. Auch nach der Festnahmeaktion setzte die CDU-Hochschulgruppe ihre Arbeit fort, zunächst unter Franz Amrehn, dann unter Ernst Benda.⁵⁰

Von diesen Entwicklungen bekamen Klein und seine Leidensgefährten freilich nichts mehr mit. Seine Untersuchungshaft verbrachte Klein zunächst im GPU-Keller im Prenzlauer Berg sowie in den Gefängnissen des Militärgeheimdienstes MWD in Potsdam und Hohenschönhausen. 1948 kam es schließlich zum Prozess, bei dem sich Klein und die anderen Angeklagten nicht schuldig bekannten, auch wenn sie Kontakte zu amerikanischen Offizieren nicht abstritten. Klein und Ewald Ernst sagten aus, sie hätten die Amerikaner mit Informationen über die Arbeit des Zentralrats der FDJ sowie über die Parteien versorgt.⁵¹ Am 13. Dezember 1948 wurde Manfred Klein zusammen mit Georg Robert Blum, Georg Wrazidlo, Günther Sögtrop, Ewald Ernst, Klaus Schmidt und Werner Bahr in nicht-öffentlicher Verhandlung von einem SMT in Berlin-Lichtenberg nach Artikel 58–6 des Strafgesetzbuches der UdSSR zu 25 bzw. 20 Jahren Freiheitsentzug in einem Besserungs- und Arbeitslager verurteilt. Eine Berufung gegen das Urteil war ausgeschlossen.⁵² Die Todesstrafe war zu diesem Zeitpunkt in der UdSSR ausgesetzt.

In der Folgezeit kam es zu weiteren Verhaftungswellen, die den Weg freimachten für die Durchsetzung der SED-Diktatur. Im Bereich der Berliner Hochschulen gab es immerhin die Möglichkeit, dem kommunistischen Terror durch die Gründung der „Freien Universität“ in West-Berlin auszuweichen. Überall in der SBZ und im Ostsektor Berlins verschwanden Gegner der SED in Richtung Sibirien. Ich erinnere nur an die über dreißig Angehörigen der jungliberalen Opposition um den Leipziger ASTA-Vorsitzenden Wolfgang Natonek und den LDP-Hochschulreferenten und Mitglied des LDP-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern, Arno Esch. Esch wurde 1949 zum Tode verurteilt und 1951 erschossen. Die Zahl der in der SBZ/DDR insgesamt verhafteten und verurteilten Hochschulangehörigen geht in die Tausende.

Innerhalb der CDU zog man, auch mit Blick auf die Jugendarbeit, aus der sich nun beschleunigenden Entwicklung zur kommunistischen Diktatur die Konsequenzen. Anfang 1948 legten die Vertreter der CDU in der FDJ ihre

50 WEBERLING, *Für Freiheit und Menschenrechte* (wie Anm. 34), S. 34f.

51 Militär-Oberstaatsanwalt der Abteilung 2 der Verwaltung 5 des Militär-Oberstaatsanwaltschaft, gez. J. W. Panasjugin, vom 29.9.1994: Gutachten zur archivierten Strafsache Nr. K-513571 in bezug auf Ernst, E. u. a. (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein). Vgl. Ewald ERNST: *Ein guter Kampf. Fakten, Daten, Erinnerungen 1945–1954*, Sankt Augustin 1998, S. 52f., 67–70.

52 Urteil im Namen der UdSSR, das Militärtribunal der SMAD, gez. Artjomenkow, vom 14.12.1948 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

Ämter nieder. Die Sprecher der Jungen Union, Alfred Sagner und Josef Bock, erklärten die Arbeit der Jungen Union in der SBZ für beendet. Die Junge Union Berlin erklärte die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in FDJ und Junger Union. Gleichzeitig betrieb die SMAD die Bildung eines unter ihrer Kontrolle stehenden neuen Zonenjugendausschusses der CDU.⁵³ Bis 1948 hielten sich die demokratischen Studentengruppen an allen sechs Universitäten der SBZ noch. Auch ihre Spielräume schmolzen jedoch durch Verhaftungen dahin, bis sie schließlich verboten wurden.⁵⁴

Manfred Klein wurde nach seiner Verurteilung in die Haftanstalt Bautzen I, das „Gelbe Elend“, verlegt. Hier war er von Dezember 1948 bis Mai 1951 inhaftiert. Als sich die Haftbedingungen nach Übernahme der Strafvollzugsanstalt im Februar 1950 durch DDR-Personal drastisch verschlechterten, kam es im März 1950 zu Hungerstreiks, an denen er sich beteiligte. Angesichts der Gefahr gewaltsamer Ausschreitungen plädierte er für einen organisierten Hungerstreik, den er an der Seite von Otto Gallus auch mitorganisierte. In Sprechchören machten die Gefangenen die Bevölkerung Bautzens auf ihre Lage aufmerksam.⁵⁵ Die Unruhen wurden brutal zusammengeknüppelt. Allein im Saal von Klein gab es 24 Schwerverletzte. Wegen der juristischen Hilfestellung für einen misshandelten Mithäftling wurde Klein nach zweimonatigem Aufenthalt auf der Tbc-Station des Haftkrankenhauses Klein-Meusdorf nach Torgau verlegt. Nachdem hier ein Versuch scheiterte, einen Kassiber an Prof. Dovifat nach West-Berlin zu schmuggeln, verbrachte Klein ein Vierteljahr in Einzelhaft.⁵⁶

Wegen seines couragierten Auftretens beschloss eine sowjetische Kommission im Juni 1955, „unter Berücksichtigung des negativen Gutachtens der Administration der Haftanstalten“ die Strafzeit Kleins nicht zu verkürzen.⁵⁷ Es war wohl Probst Heinrich Grüber zu verdanken, dass das Strafmaß formal schließlich auf 15 Jahre reduziert und Klein am 19. Oktober 1956 vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Im Gegenzug soll es zur Begnadigung des kommunistischen Funktionärs Jupp Angenforth gekommen sein, der in einem westdeutschen Gefängnis saß.⁵⁸

53 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 1990, S. 77.

54 Vgl. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 139.

55 „Wir stellen vor: Manfred Klein“, in: *Blätter für junge Politik*, Berlin, Nr. 58, Januar 1957, S. 8f.

56 Manfred Klein: Bericht über meine Verhaftung (ACDP 01-393-002/1).

57 Protokollauszug Nr. 15 der Sitzung der Kommission zur Überprüfung der Fälle bei Verurteilen, die ihre Strafe in Lagern und Gefängnissen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbüßen vom 27.6.1955 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

58 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 109.

Klein siedelte im November 1956 nach West-Berlin über und begann ein Jurastudium. Seine Aufgabe sah er von nun an darin, sich für seine noch inhaftierten Kameraden einzusetzen und auf den diktatorischen Charakter des kommunistischen Regimes hinzuweisen.⁵⁹ Zu keinem Zeitpunkt machte er dem russischen Volk einen Vorwurf aus den Vorgängen. Bei einer Rede vor dem CDU-Bundesparteitag 1957 betonte er, die Russen trügen keine Verantwortung für das kommunistische Regime. In der Untersuchungshaft habe er viele russische Freunde gefunden, die sich häufig als die Besten erwiesen hätten.⁶⁰ 1957 und 1958 war Klein stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union. Von 1959 bis 1963 vertrat er die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, danach wirkte er bis zu seinem Tod als Abteilungsleiter in der Bundeszentrale für politische Bildung. In zahlreichen Vorträgen wandte er sich nun immer wieder gegen Unterdrückung und Diktatur und rief zum Kampf für die Freiheit auf.⁶¹ Er verstarb am 15. Januar 1981 in Sankt Augustin.

1994 wurde Manfred Klein vom Vorwurf der Spionage rehabilitiert. Die russische Militär-Staatsanwaltschaft urteilte nach dem Ende des Sowjetregimes in Russland, er sei ohne hinreichenden Grund verurteilt worden. Seine an Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes übermittelten Informationen seien allgemein zugänglich gewesen und könnten nicht als Spionage gewertet werden. Klein und die anderen seien allein aus politischen Motiven verurteilt worden. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der kommunistischen Willkürjustiz rehabilitierte der zuständige russische Militär-Oberstaatsanwalt die Verurteilten.⁶² Dennoch: Nachdem er aus katholischer Überzeugung bereits dem NS-Regime widerstanden hatte, hat Manfred Klein in der kommunistischen Diktatur mit fast zehn Jahren seiner Jugend für sein couragiertes Eintreten im Sinne freiheitlicher und demokratischer Verhältnisse bezahlt. Ihm und seinen Leidensgefährten gilt heute unser Andenken.

59 Vgl. Manfred Klein, „Wir dürfen nicht vergessen. Neun Jahre in sowjetzonalen Gefängnissen“. Rede auf der Jahreshauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Altenberg (ACDP 01-393-004/8).

60 CDU, 7. Bundesparteitag in Hamburg 11.–15.5.1957, S. 80–82.

61 Vgl. Informationsdienst des Bundes der deutschen katholischen Jugend 8 (1959) S. 19.

62 Militär-Oberstaatsanwalt der Abteilung 2 der Verwaltung 5 der Militär-Oberstaatsanwaltschaft, gez. J. W. Panasjugin, vom 29.9.1994: Gutachten zur archivierten Strafsache Nr. K-513571 in bezug auf Ernst, E. u.a. (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).